



Zur Dynamik sozialer Risikolagen im ländlichen Raum

– Vorschläge zur sozial-ökonomischen Berichterstattung –

Im Folgenden geht es darum zu zeigen, wie sich die Risiko- und Lebenslagen von etwa einem Drittel der Erwerbsbevölkerung ländlicher Regionen Ostdeutschlands, das seine Existenz mit unsteter Arbeit, geförderten Maßnahmen, Qualifizierungsrunden und Bewerbungstrainingseinheiten, aber auch mit Arbeitslosengeld I und Arbeitslosengeld II bestreiten muss, beschreiben lassen.

Dabei beziehen wir uns in der Quantifizierung dieser Gruppe auf die Untersuchungen zu Beschäftigungsverläufen der ostdeutschen Erwerbsbevölkerung von 1996 – 2000, deren Ergebnisse 2004 veröffentlicht wurden¹. Dort wird argumentiert, dass die Auflösung der ländlichen Gesellschaften als Folge der Auflösung der fordistischen Sozialökonomie zu neuen Regulationsformen der Existenzsicherung von Erwerbspersonen führt, die bezogen auf den Wertschöpfungsprozess selbst „überflüssig“ geworden sind. Deren gesellschaftliche Integration findet nicht mehr über die Erwerbsarbeit und den Konsum statt. Die Aufgabe der Sozialleistungssysteme war es (bisher) zwischen Phasen von Erwerbsarbeit „Brücken“ zu bauen um Einkommensverluste in diesen Phasen der (meist kurzfristigen) Nicht-Erwerbsarbeit zu kompensieren. Angesichts der Auflösung dieses Produktions- und Gesellschaftsmodells (jedenfalls in den europäischen Kernländern) zeichnet sich nun ein Funktionswandel der Sozialleistungssysteme ab. Nicht mehr das Brücken bauen zwischen Phasen der Erwerbsarbeit ist nun ihre Funktion, sondern das Brückenbauen zwischen den „Brücken“ selbst: Eine Phase der „simulierten“ Arbeit² wird zu einer anderen überbrückt. Die Simulation von Arbeit ist nötig, weil die Sozialleistungssysteme ihre Bindung an die Erwerbsarbeit noch nicht ganz aufgelöst haben (dies aber zunehmend tun, wie die jüngsten Diskussionen um Bürgerversicherung, private Rentenfinanzierung, und auch über ein „Bürgergeld“ zeigen).

¹ Alda, Hauss, Land, Willisch (2004)¹ Erwerbsverläufe und sekundärerer Integrationsmodus, in: Initial Berliner Debatte Heft 15.

² Darunter verstehen wir alle Formen von Arbeit, die nicht dem ersten Arbeitsmarkt zugerechnet werden können und daher bereits einen höheren Vergesellschaftungsgrad aufweisen als die allein marktförmig regulierte Arbeit. Beispiele sind geförderte "Arbeits"maßnahmen, 1 €-Jobs, Trainings- und „Gewöhnungsmaßnahmen etc.



Diese Form der Regulierung der Existenzsicherung von Erwerbsspersonen nennen wir den zweiten Integrationsmodus³.

Um die Risiko- und Lebenslagen dieser Teile der Erwerbsbevölkerung, die Castel (2000)⁴ die Überflüssigen nannte, zu beschreiben sind neue Zugänge zu neuen Daten und neue Darstellungsweisen der Lebenslagen im Rahmen einer „verstehenden Sozialberichterstattung“ nötig. Wir werden zeigen, wie es erst durch die Verknüpfung von personenbezogenen Daten über Lebenslagen (Mikroebene) mit den Bedingungen des regionalen Umfeldes (Makroebene) möglich wird, Aussagen über die Dynamik von Risiken und für Lebenslagen von Teilen der Bevölkerung zu treffen.

Zur Verdeutlichung des Vorgehens benutzen wir Daten einer Haushaltsbefragung, die im Rahmen eines BMBF-Projekts⁵ vom Thünen Institut (Bollewick) in zwei ländlichen Gemeinden Mecklenburg-Vorpommerns und einem Stadtviertel von Waren/Müritz in 409 Haushalten mit insgesamt 1010 Personen zwischen 18 und 65 Jahren telefonisch erhoben wurden. Die Auswahl der Gemeinden und des Stadtteils folgte dabei eher dem Wunsch „typische“ Konstellationen für die räumliche, ökonomische, ökologische und soziale Lage im Kreis Müritz (dem Kooperationspartner) zu erfassen, als den Erfordernissen der Repräsentativität zu genügen. Da in erstere Linie „Lebenslagen“ als Muster von Gefährdungsbereichen und Bewältigungsmöglichkeiten (s. unten) dargestellt werden sollen, genügt für diesen heuristischen Zweck zunächst die Erfassung der einzelnen Risiken und Gefährdungsbereiche und die Erprobung ihrer Zusammenstellung als Muster „typischer“ Risikolagen in sich auflösenden ländlichen Gesellschaften.

Wir benutzen in unserer Darstellung der Dynamik von Risikolagen das Bild der „individuellen Produktionsfunktion“, wie es von Huinink⁶ entwickelt wurde. Dabei unterscheiden wir zwischen Elementen dieser Produktionsfunktion, die die Herausbildung der individuellen Wohlfahrt eher behindern - diese nennen wir „Gefährdungsbereiche“ -

³ Land, R., A. Willisch: *Die Auflösung der ländlichen Gesellschaft und neue soziale Problemlagen*. Erscheint in „Aus Politik und Zeitgeschichte“, 2. Halbjahr 2006.

⁴ Castel, R. (2000): *Die Metamorphose der sozialen Frage. Die Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz.

⁵ *Erarbeitung und Erprobung eines Berichtssystems zur Erfassung sozialer Problemlagen in einer ländlich geprägten Region (RBS 05)*.

⁶ Huinink, J. (2005): *Räumliche Mobilität und Familienentwicklung. Ein lebenslauftheoretischer Systematisierungsversuch*, Manuskript, Bremen <http://www.tess.uni-bremen.de/menue/Papers/TessPapersMain.htm>.



von solchen, die die Produktion der individuellen Wohlfahrt befördern. Diese bezeichnen wir als „Bewältigungsressourcen“. Gefährdungsbereiche und Bewältigungsressourcen markieren nicht das jeweilige Ende *einer* Skala. Vielmehr stellen sie jeweils eigene skalierbare Dimensionen der individuellen Produktionsfunktion dar. Es erleichtert die Verfolgung des individuellen Wohlfahrtsziels, wenn die Bilanz von Gefährdungsbereichen und Bewältigungsressourcen zugunsten letzterer ausschlägt. Aus der Bilanzierung von Gefährdungsbereichen und Bewältigungsressourcen ließen sich Indikatoren für die *Voraussetzungen* entwickeln, die ein Individuum mitbringt, um in einem gegebenen Anwendungsfeld (zum Beispiel in einer Region) seine Produktionsfunktion so einzusetzen, dass ein möglichst hoher Grad an individueller Wohlfahrt hergestellt werden kann. Ob es jedoch tatsächlich gelingt, mit einer gegebenen Produktionsfunktion (bzw. den individuellen Voraussetzungen) die individuellen Wohlfahrtsziele zu erreichen, ist von den Realisierungsbedingungen des jeweiligen Handlungsraums (aus Sicht der Individuen) oder des Beobachtungsraums (aus Sicht der Berichterstatter) abhängig (s. unten). Wie effektiv individuelle Wohlfahrt also produziert werden kann, ist letztlich den individuellen Voraussetzungen und den Bedingungen, auf die sie treffen, geschuldet. In der Sozialberichterstattung werden in der Regel beide Aspekte getrennt aufgeführt. Die Dynamik von Lebenslagen erschließt sich jedoch erst, wenn die Pole qualitativ und quantitativ erfasst werden können, zwischen denen sie sich herausbildet: Auf der einen Seite das Individuum mit seinen Voraussetzungen, sich entsprechend seinen eigenen Lebensentwürfen mit seinem gesellschaftlichen Umfeld auseinanderzusetzen, und auf der anderen Seite dieses Umfeld selbst, das durch jeweils räumlich spezifische Strukturen und Prozesse ökonomischer, kultureller, politischer und sozialer Faktorenbündel geprägt ist. Die Verknüpfung zwischen beiden Ebenen kann durch die Wahl geeigneter Indizes geschehen.

Üblicherweise bezieht sich die regionale Berichterstattung nicht auf personenbezogene Daten. Der Berichtsaufwand dafür schien bisher vor allem für kleinräumige Gebiete zu hoch (und zu teuer) zu sein. So musste sich die regionale Sozialberichterstattung bisher eher auf Output Größen des Sozialleistungssystems beziehen (z.B. Ausgaben für die Sozialhilfe/Personen im Kreis, Anzahl der Bedarfsgemeinschaften etc.) und diese auf sozialdemografische Daten der Bevölkerung und auf deren regionale Verteilung beziehen. Die Lebenslage der Bevölkerung konnte damit jedoch kaum abgebildet werden, sondern nur die zeitliche und mengenmäßige Verausgabung von Transfer- und Infrastrukturleistungen gemäß einem gerade gültigen rechtlichen Standard und nach vereinbarten Kriterien. So wuchsen oder



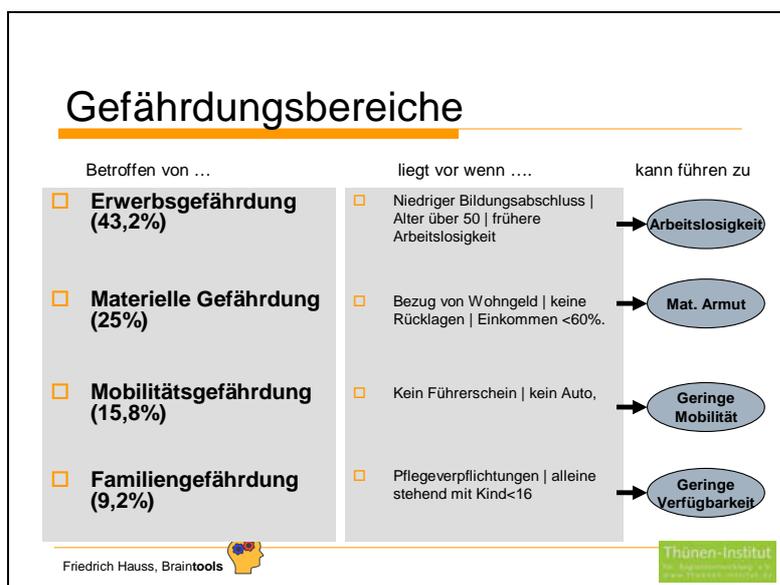
geschrumpften statistische Aggregate wie zum Beispiel „Arbeitslose“ nicht nur durch die mehr oder minder starke Beteiligung der Erwerbsbevölkerung am ersten Arbeitsmarkt, sondern oft allein durch die Veränderung von politisch festgelegten Zuständigkeiten auf Seiten der Administration bzw. von „Leistungsberechtigung“ auf Seiten der Empfänger von Leistungen. Vom zugeschriebenen Status der Arbeitslosigkeit konnte jemand in den Status der Nichtarbeitslosigkeit wechseln, ohne dass sich an seiner/ihrer Lebenslage etwas geändert hätte und ohne dass er/sie zum Beispiel nun auf dem ersten Arbeitsmarkt erwerbstätig geworden wäre. Unter soziologischen Gesichtspunkten ist eine solche Art der Zählmaschine von Sozialleistungen die des übliche Berichtswesen ausmacht nicht sehr ergiebig.

Individuelle Gefährdungsbereiche und soziale Risikolagen

Risikolagen sind für Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern vor allem durch eine schwierige materielle Situation gekennzeichnet. Es gibt Landkreise, in denen soziale Transferleistungen mehr als 50 Prozent der Haushaltseinkommen ausmachen. Die Arbeitslosenquote in MV beträgt ungefähr 25 Prozent, es ist die höchste in ganz Deutschland. Die Abwanderung ist immer noch hoch.

In zwei Gemeinden des Kreises Müritz und einem Neubaugebiet von Waren wurde versucht, fragile Lebenslagen aus dem empirischen Material der Haushaltsbefragung zu identifizieren und für die praktischen Zwecke dieser Untersuchung vier Gefährdungsbereiche zu definieren und zu quantifizieren. Dabei haben wir (neben anderen) folgende Gefährdungsbereiche identifiziert.

Abb. 1: Verteilung von Gefährdungsbereichen

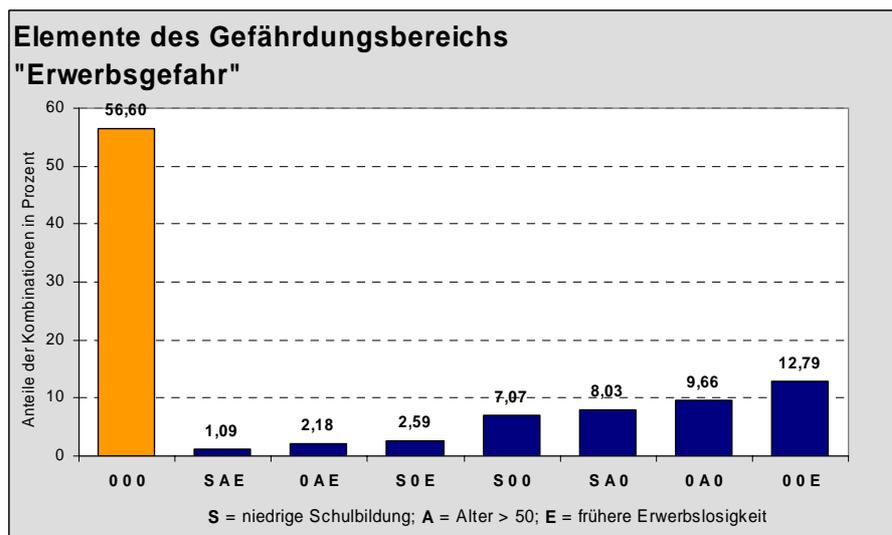




Ein Gefährdungsbereich liegt vor, wenn wenigstens eins der genannten Gefährdungselemente vorliegt; andere Definitionen sind denkbar. In unserem Fall haben sich die Gefährdungsbereiche „Erwerbsarbeit“, (fehlende) „materielle (Bewältigungs-)Ressourcen“, eine Gefährdung durch fehlende Mobilität (Problem in den Gemeinden, weniger im Stadtteil von Waren) und fehlende Unterstützung durch Angehörige bei gleichzeitig hohen Verpflichtungen (Alleinerziehende) oder auch Pflegeverpflichtungen als besonders relevant zur Beschreibung von Risikolagen herausgestellt, wobei der Bezugspunkt für die „Verbesserung“ der Risikolage immer in der Optimierung der Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt besteht (s. unten).

Liegen genügend Fälle vor, könnten die Gefährdungsbereiche „intern“ anhand der Muster, die durch die Ausprägung ihrer einzelnen Elemente entstehen, unterschieden werden, wie das folgende Beispiel zeigt.

Abb. 2: Beispiel: Muster des Erwerbsgefährdungsbereichs



Danach weisen fast 60 Prozent überhaupt kein Risiko für die Erwerbsgefährdung auf, sie sind also gut ausgebildet, unter 50 Jahre alt und haben auch in den vergangenen fünf Jahren keine Arbeitslosigkeitserfahrungen machen müssen. Nur etwa 1 Prozent weisen alle drei Elemente des Gefährdungsbereiches auf, unter den Einzelelementen ist „fehlender oder niedriger Schulabschluss“ das häufigste Element. Das Risiko arbeitslos zu werden, liegt bei Menschen ohne Schulausbildung oder mit nur niedriger Schulausbildung etwa 40 Prozent über dem der besser ausgebildeten. Ähnliche Zusammenhänge lassen sich auch für die anderen Einzelelemente feststellen.

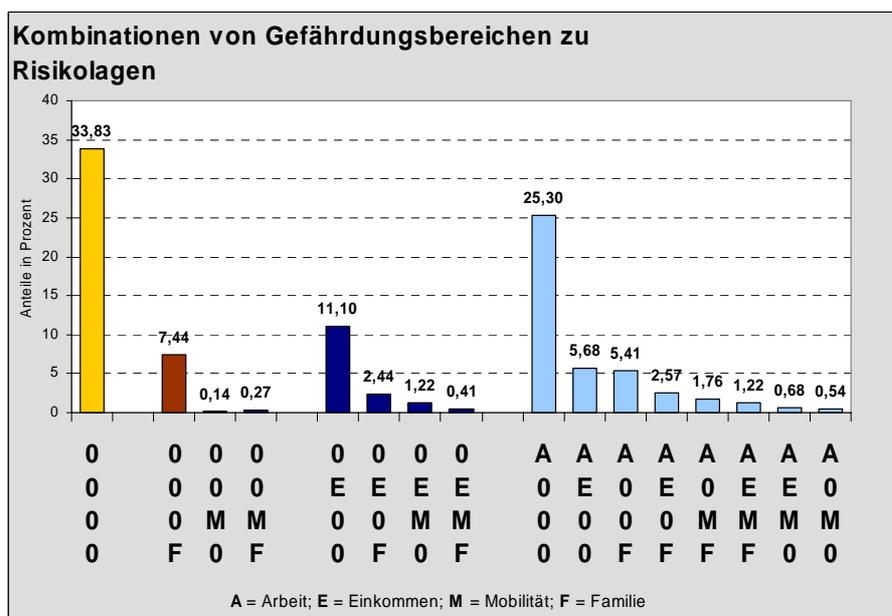


Die Kombination von einzelnen Gefährdungsbereichen zu Risikolagen

Einzelne Gefährdungsbereiche kombinieren sich zu Risikolagen. Nicht jeder Gefährdungsbereich ist innerhalb einer Risikolage gleich häufig vertreten. Es kann eine Erwerbsgefährdung vorliegen (zum Beispiel bei niedrigem Schulabschluss), aber eine hohe Mobilitätsbereitschaft bzw. -Fähigkeit (noch 20 Prozent der Männer sind bereit, täglich mehr als 100 Kilometer zu pendeln). Dann führt die individuelle Erwerbsgefährdung nicht zwangsläufig zum Risiko der Erwerbslosigkeit, weil die Arbeitskraft in den weiter entfernt liegenden „äußeren Rahmenbedingungen“ angeboten werden kann. Ist aber die Mobilität eingeschränkt und der Bildungsstand niedrig (bei einer (kleinen) Gruppe von jungen Männern bis 25 Jahre ist dies der Fall), dann sieht es schlecht aus für die Aufnahme einer Erwerbsarbeit, auch wenn die äußeren Rahmenbedingungen Arbeit vorhalten würden. Tatsächlich ist in unserem Sample die Gefahr, arbeitslos zu werden bei vorliegender Erwerbsgefährdung *und* vorliegender Mobilitätseinschränkung, mehr als doppelt so hoch wie ohne eingeschränkte Mobilität (allerdings nur wenige Fälle und hauptsächlich in den ländlichen Gemeinden, nicht jedoch in einem Neubauviertel von Waren).

Risikolagen selbst unterscheiden sich durch eine vielfältige Kombination ihrer Gefährdungsbereiche, wie die nächste Abbildung zeigt.

Abb. 3: Kombination von Gefährdungsbereichen zu Risikolagen



Ungefähr ein Drittel der Befragten weist gar keinen Gefährdungsbereich auf, 23 Prozent sind *allein* durch ihre eingeschränkten Voraussetzungen, eine Erwerbsarbeit aufnehmen zu können, gefährdet (was



nicht heißt, dass sie sich im Status der „Arbeitslosigkeit“ befinden, s. unten); 11 Prozent haben geringe materielle Bewältigungsressourcen als alleinigen Gefährdungsbereich (zum Beispiel keine finanzielle Rücklagen oder ein Einkommen < 60 Prozent des Einkommensmedians (der Gemeinden)) in ihre individuelle Produktionsfunktion einzubringen. In der obigen Abbildung wird auch deutlich, welchen *qualitativen* Einfluss fehlende Mobilität als Gefährdungsbereich auf dem Land haben kann. Fehlende Mobilität betrifft hauptsächlich gering qualifizierte junge Männer (denen der Führerschein abgenommen wurde) und allein erziehende Frauen (denen die Mittel zum Kauf bzw. Unterhalt eines Kfz fehlen).

Die kleinräumige Anlage der Untersuchung erlaubt es nun, die unterschiedlichen Kombinationen von Gefährdungsbereichen (Risikolagen) nicht nur nach sozialdemografischen Aspekten, sondern unter spezifisch regionalen Besonderheiten auszuwerten:

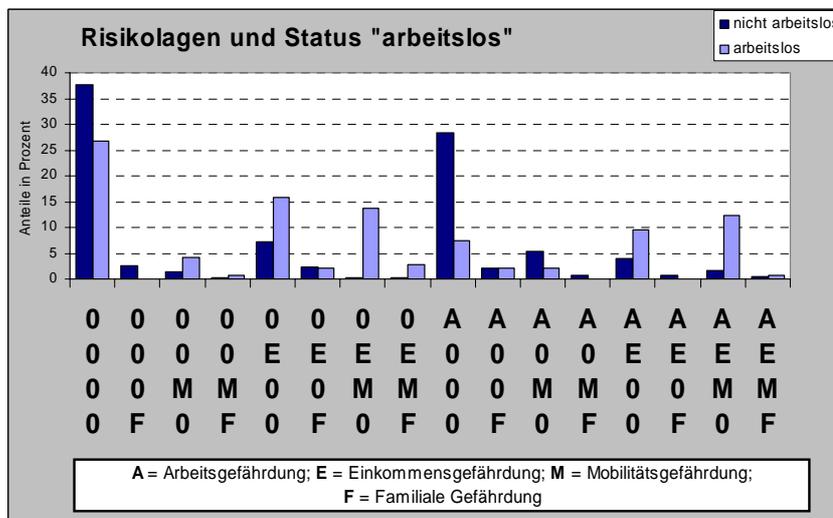
- Frauen sind etwas häufiger durch Familie- und Mobilitätseinschränkungen betroffen als Männer. Wenn sie einkommensgefährdet sind, kombiniert dies öfter als bei Männern auch mit familialen Gefährdungen und mit Mobilitätseinschränkungen. Aber: Erwerbsgefährdung als *einzigem* Gefährdungsbereich kommt bei Frauen nur etwa halb so häufig vor wie bei Männern. Allerdings ist die Wahrscheinlichkeit, dass Erwerbsgefährdung zusammen mit andern Gefährdungsbereichen auftritt und sich eine Risikolage herausbildet bei Frauen um 40 Prozent höher als bei Männern (Mobilitätsgefährdung fast dreimal so hoch, Einkommensgefährdung und Mobilitätsgefährdung = doppelt so hoch). Letztlich bestätigt sich damit die oft beschriebene Situation von Frauen, die zwar „gute“ Voraussetzungen am Arbeitsmarkt mitbringen, aber durch gesellschaftsspezifische Rollen- bzw. Situationszuweisungen offensichtlich gehindert werden, von diesen „guten“ Voraussetzungen Gebrauch zu machen. Dieser Zusammenhang bestätigt sich auch in Bezug auf den Status „Arbeitslosigkeit“ (s. unten).
- Regionale Unterschiede ergeben sich ebenfalls (hier nur beispielhaft): Den größten Anteil von Befragten *ohne* Gefährdungen finden wir in Ankershagen, den geringsten in Papenberg, dem (Platten-)Neubaugebiet von Waren. Der größte Anteil an Erwerbsgefährdeten (als *einzigem* Gefährdungsbereich) gibt es in Hohen Wangelin, den geringsten in Papenberg. Hier tritt aber die Erwerbsgefährdung am häufigsten zusammen mit anderen Gefährdungsbereichen auf. Der große Anteil Gewerbsgefährdeter in Hohen Wangelin hat jedoch keinen Einfluss auf die Höhe der Arbeitslosigkeit in diesem Ort. Sie ist hier am geringsten und fällt in Papenberg, wo die individuellen Erwerbsvoraussetzungen am



besten sind, am höchsten aus. Dieses Paradoxon ist nur durch regionale Besonderheiten zu erklären. Es gibt in Hohen Wangelin den höchsten Anteil an Personen mit geringer Schulbildung und größten Anteil an Erwerbspersonen mit Arbeitslosigkeitserfahrungen in den letzten fünf Jahren (Altersunterschiede gibt es nicht), so dass eigentlich eine hohe Arbeitslosigkeit zu erwarten gewesen wäre. Allerdings es gibt in Hohen Wangelin einen landwirtschaftlichen Betrieb, der wenigstens einige Arbeitsplätze auch für weniger Qualifizierte anbietet. Die Tatsache, dass hier außergewöhnlich viele Erwerbstätige vergangene Arbeitslosigkeitserfahrungen gemacht haben, deutet vielleicht auf eine ortsspezifische Verteilung der Arbeit durch den landwirtschaftlichen Betrieb hin, der möglichst „jeden mal ran“ lässt. Auch in diesem Fall zeigt sich, dass es nicht in jedem Fall die individuellen Voraussetzungen sind, die die Stellung auf dem Arbeitsmarkt beschreiben oder gar erklären können.

- Tatsächlich zeigt sich dieser Zusammenhang auch, wenn man die Kombinationen von Gefährdungsbereichen auf den Status „Arbeitslosigkeit“ bezieht. Offensichtlich ist (jedenfalls in den hier untersuchten Gemeinden) „Arbeitslosigkeit“ ein Status, der sich relativ unabhängig von den individuellen Voraussetzungen zur Erwerbsarbeit (Erwerbsgefährdung) entwickelt. Bei den Befragten aus den drei Gemeinden haben Arbeitslose vier mal weniger ausschließlich eine Erwerbsgefährdung, also an sich „bessere“ Erwerbsvoraussetzungen als Nichtarbeitslose (auch altersstandardisiert).

Abb. 4: Kombination von Gefährdungsbereichen bei Arbeitslosigkeit





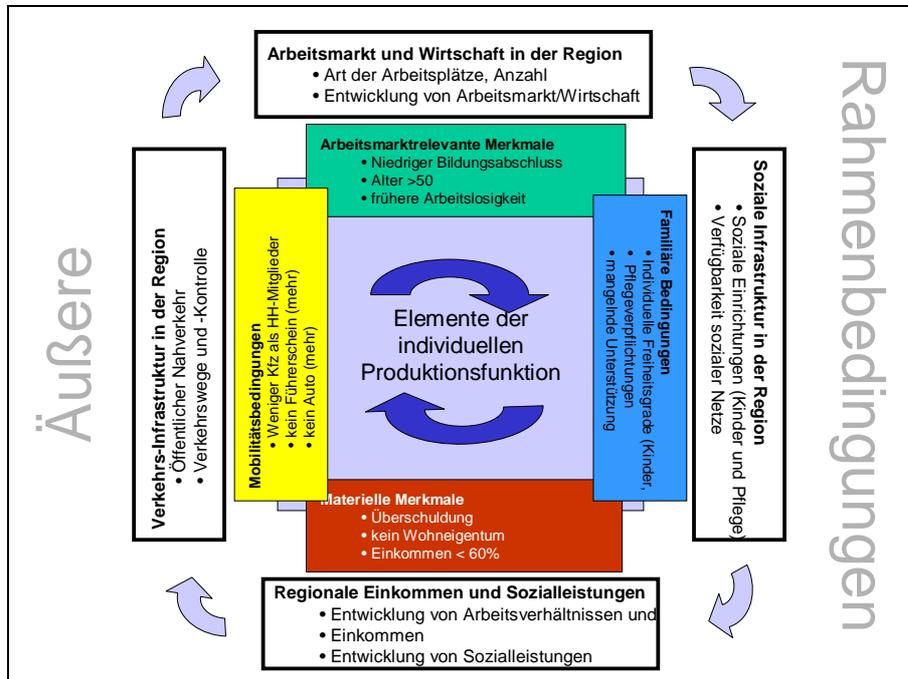
Aber bei den Arbeitslosen kombiniert die Erwerbsgefährdung, also die individuellen Voraussetzungen zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit doppelt so häufig mit anderen Gefährdungsbereichen (Extrembeispiel: Mobilitätsgefährdung 12% vs. 1,6% bei den Nichtarbeitslosen). Damit kann aber interpretiert werden, dass Arbeitslosigkeit nicht in jedem Fall eine Folge ungünstiger individueller Voraussetzungen ist, als vielmehr eine Folge ungünstiger „Verkaufsbedingungen“ für die Arbeitskraft. Diese stellen sich jedoch nicht immer als individuelles „Defizit“ heraus, sondern sind oft Bedingungen geschuldet, die weitgehend außerhalb individueller Beeinflussbarkeit liegen (Ausdünnung des Öffentlichen Nahverkehrs, Zusammenlegung von Kindertagesbetreuungseinrichtungen, keine Hilfe bei Pflegebedarf etc.) und den Auflösungsprozessen ländlicher Gesellschaften geschuldet sind.

Zum Risiko (für die Aufnahme einer Erwerbsarbeit) werden die Gefährdungsbereiche offensichtlich erst, wenn sie als Elemente der individuellen Produktionsfunktion nicht mit den kompensierenden oder möglicherweise sogar fördernden Bedingungen ihrer regionalen Umwelt übereinstimmen, wenn es also zum Beispiel vor Ort keine Arbeitsmöglichkeiten für Geringqualifizierte gibt.

Das verweist auf die Schnittstellen zwischen den individuellen Voraussetzungen (Elemente der Produktionsfunktion) und den äußeren Bedingungen des Arbeitsmarkts, der sozialen Infrastruktur, der sozialen Netze etc. An diesen Schnittstellen findet die Produktion der individuellen Wohlfahrt (mehr oder minder erfolgreich) statt. Wenn die individuellen Voraussetzungen mit den äußeren Bedingungen harmonisieren, kann Wohlfahrt produziert werden (zum Beispiel gute Ausbildung liegt vor und es gibt – erreichbare – Arbeitsplätze, bei denen eine gute Ausbildung vorausgesetzt wird). Die Produktion der individuellen Wohlfahrt wird umso schwieriger, je mehr die individuellen Voraussetzungen mit den vorfindlichen Bedingungen konfliktieren. Ist der Konflikt zwischen den individuellen Voraussetzungen und den äußeren Realisierungsbedingungen für die Produktion von Wohlfahrt auf einem gesellschaftlich definierten Niveau „zu groß“, greifen Sozialleistungsmaßnahmen oder Maßnahmen der Regional- bzw. Wirtschaftspolitik. Sie „fördern“ oder „simulieren“ Arbeit, um die existenzielle Verknüpfung von Arbeit und Einkommen wieder herstellbar zu machen oder (im Falle der Sozialleistungssysteme) nicht gänzlich aus dem Blick der „Überflüssigen“ verschwinden zu lassen („Fördern und Fordern“).



Abb. 5: Schnittstellen zwischen individuellen Voraussetzungen und äußeren Rahmenbedingungen



In dieser Abbildung sind die (möglichen) Gefährdungsbereiche der Personen jeweils ihren wichtigsten korrespondierenden oder konfliktierenden regionalen Bedingungen zugeordnet. Beispiel: Die jeweiligen individuellen materiellen Merkmale können durch vernünftige Arbeitsverträge ausgeglichen werden oder aber eben auch durch kompensatorische Sozialleistungen (Working-Poor machen heute schon einen großen Teil der Hartz IV Empfänger aus). Aber je weniger Ressourcen in diese öffentlichen Kompensationsleistungen fließen können („öffentliche Armut“) und je rigider die verfügbaren Arbeitsbedingungen und Arbeitsverhältnisse sind, desto weniger können ungünstige individuelle Bedingungen ausgeglichen werden. Und umgekehrt: Die Nachteile der äußeren Rahmenbedingungen (z.B. nur gering entlohnte, prekäre Arbeitsplätze) können auch mit Hilfe individueller Bewältigungsressourcen wie zum Beispiel hohe Mobilitätsbereitschaft oder gute Ausbildung nicht mehr ausgeglichen werden. Die Produktion individueller Wohlfahrt ist eingeschränkt.

Ähnliche Konstellationen lassen sich auch für die anderen Bereiche darstellen. Lässt man die „innere“ Achse des Bildes („Elemente der individuellen Produktionsfunktion“) um 90 Grad rotieren und bringt damit zum Beispiel die individuellen „Arbeitsmarktrelevanten Merkmale“ auf die Schnittstelle mit der sozialen Infrastruktur (die in den ländlichsten Gebieten bereits erheblich ausgedünnt ist), so entstehen neue Kombinationen von Gefährdungsbereichen und neue Formen von Risikolagen (Beispiel: Problem der Erwerbsgefährdung wäre ge-



löst, weil Mobilitätsproblem gelöst ist, aber Familienproblem besteht weiterhin, so dass auch das Erwerbsproblem schließlich nicht lösbar scheint und keine „öffentliche“ Kompensation helfen kann, weil verlässliche Ganztagschulen fehlen). Anders aber auch: Wenn sich die äußeren Rahmenbedingungen ändern, zum Beispiel durch Ansiedlung eines Betriebs, der Arbeit für weniger Qualifizierte anbietet, dann würde sich in dieser konkreten Situation die individuelle Erwerbsgefährdung durch Änderung der äußeren Rahmenbedingungen verändert haben. Die Passung zwischen individuellen Voraussetzungen und äußeren Bedingungen wäre hergestellt. (Sie kann natürlich auch „sozial“ hergestellt werden, wenn ein Fahrgemeinschaftsnetz entsteht. Das darf aber nicht fragil sein. Es müssen genügend materielle Ressourcen vorhanden sein, es aufrechtzuerhalten. Geht das Auto kaputt und ist kein Geld für die Reparatur da, wird oft in den sozialversicherungsrechtlichen Status des Krankenstandes gewechselt, weil man nicht auf der Arbeit erscheinen kann.) Das Bild der „rotierenden Achse“ ermöglicht jeweils einen Wechsel der Perspektive auf das Problem und es zeigt die Dynamik möglicher Kombinationen von Gefährdungsbereichen in ihrer Auseinandersetzung mit den äußeren Rahmenbedingungen.

Auf einer rein logisch/empirischen Ebene kann nun eine erste These abgeleitet werden: Die Gefährdungsbereiche sind als Elemente der individuellen Produktionsfunktion untereinander abhängig. Sie stellen gegenseitig jeweils die Bedingungen *und* Folgen der Auseinandersetzung an den Schnittstellen zum äußeren Handlungsrahmen dar.

Die Elemente der individuellen Produktionsfunktion lassen sich inzwischen relativ (kosten)günstig durch Haushaltsbefragungen erheben. Es kann aber (je nach dem Zuschnitt des Beobachtungsraums) auch auf das SOEP zurückgegriffen werden, was allerdings eine Veränderung der Definition der Gefährdungsbereiche erforderlich machen würde. Grundsätzlich bietet das SOEP den Vorteil, sofort auf Zeitreihen zugreifen und damit die Dynamik innerhalb von Gefährdungslagen beschreiben zu können. Die äußeren Rahmenbedingungen lassen sich zum Teil mit Hilfe der amtlichen Statistik darstellen. Als besonders ergiebig wird sich hier die INKAR-Datenbank des Bundesamts für Bauordnung und Raumwesen erweisen. Für den Abgleich zwischen beiden Perspektiven werden sich Verbleibensanalysen in Risikolagen bzw. eine die Veränderung der Kombination individueller Gefährdungsbereiche im Zeitverlauf als fruchtbar erweisen. Denn damit könnte deutlich gemacht werden, welchen Anteil jeweils die äußeren Bedingungen bzw. die Bedingungen der individuellen Produktionsfunktion an den festgestellten Veränderungen hätten. Das wäre die analytische Perspektive. Unter einer anwendungsbezoge-



nen Perspektive können die Gefährdungskombinationen der Haushalte bzw. Einzelpersonen so modelliert werden, dass in Abhängigkeit von den äußeren Rahmenbedingungen eine „regionale Bedarfssimulation“ möglich wird. Mit dieser könnte es gelingen, die wahrscheinlichen Folgen von Regionalpolitik und Regionalentwicklung auf die soziale Lebenslage der Bewohner zu quantifizieren und gesellschaftlich thematisierbar zu machen.

Hypothetisch lassen sich nun noch weitere Zusammenhänge formulieren. Wir vermuten jedenfalls (und leiten dies auch aus den vorliegenden Daten ab), dass Risikolagen zeitlich umso *stabiler* sind, die Personen also lange in diesen Risikolagen verharren werden, desto dichter die Anhängigkeit oder Verschränkung ihrer einzelnen Gefährdungsbereiche ist. Dies zeigen auf empirischer Ebene zum Beispiel die meist völlig überanstrengten Logistik-Systeme Alleinerziehender. Änderungen eines Gefährdungsbereichs oder der Verlust einer Bewältigungsressource (zum Beispiel das Versagen des Autos am Morgen) oder auch vermeintlich gezielte und strategisch geplante Interventionen (zum Beispiel durch die Sozialleistungsbehörden), die intentional zur Stärkung der Produktionsfunktion beitragen sollten, haben in ihrer Wirkung oft nicht abschätzbare Folgen für alle anderen Gefährdungsbereiche oder auch Bewältigungsressourcen. Die Dichte der Verschränkung der Gefährdungsbereiche untereinander ist das Maß für die Dynamik der individuellen Produktionsfunktion bzw. der gesamten Risikolage, aber auch für das Maß ihrer Freiheitsgrade. Je dichter die Gefährdungsbereiche verkoppelt sind, desto dynamischer reagiert das System auf Impulse „von Außen“, auch wenn sie sich nur auf einen Gefährdungsbereich beziehen, weil von der „Bewegung“ eines Gefährdungsbereichs alle anderen mit betroffen sind und nun ihrerseits reagieren müssen. Die dichte Koppelung der Gefährdungsbereiche selbst hat sich individuell historisch/biografisch herausgebildet, sie macht die Qualität der individuellen Produktionsfunktion aus und reproduziert sich (oder wird überwunden) durch die Anwendung der individuellen Produktionsfunktion auf die äußeren/regionalen Rahmenbedingungen. Personen im „sekundären Integrationsmodus“ (s. Beiträge von Alda und Land) haben meistens dicht verkoppelte Gefährdungsbereiche, zeichnen sich durch ständigen Wechsel der Bedeutung einzelner Gefährdungsbereiche in ihrer Produktionsfunktion aus und verlassen trotzdem nicht ihre schwierige Lebenslage. Etwa ein Drittel der Erwerbsbevölkerung Ostdeutschlands befindet sich in diesem Zustand.

Aus diesem Zusammenhang zwischen der „Dichte der Verkoppelung“, der „interne Dynamik“ und der damit verbundenen Stabilität des Gesamtzustandes kann im Übrigen auch die Erfolglosigkeit punktueller



ler Interventionen der Sozialpolitik/Sozialarbeit (zum Beispiel *nur* Lösung des Qualifikationsproblems ohne gleichzeitige Lösung des Kinderbetreuungssystems oder gar des Arbeitsplatzproblems) erklärt werden. Solche punktuellen Interventionen können eine erhebliche Dynamik *innerhalb* der Risikolage auslösen und im (zufälligen) Einzelfall kann diese durch die Neukombination ihrer Gefährdungsbereiche auch überwunden werden. Aber die Regel wird dies nicht sein. Das Ergebnis solcher Impulse ist im Prinzip emergent und nicht mehr auf Elemente (oder Handlungen) einer übergeordneten Systemebene zurückzuführen. Anders wäre die empirisch feststellbare große zeitliche Stabilität⁷ von Risikolagen nicht zu erklären. So ergibt sich das scheinbar paradoxe Bild einer dynamischen Stabilität von Risikolagen durch das sich die Situation von Teilen der Bevölkerung beschreiben lässt.

Die individuellen Gefährdungsbereiche und die äußeren Rahmenbedingungen sind zunächst „als solche“ überall gleich, aber sie sind räumlich und individuell in unterschiedlicher Weise ausgeprägt und treten in dieser unterschiedlichen Ausprägung mehr oder weniger häufig auf. Dies herauszufinden wäre eine Aufgabe der anwendungsbezogenen Sozialberichterstattung. Sie beschreibt letztlich die Bilanz, die sich für die Lebenslagen zwischen den haushaltsbezogenen bzw. personenbezogenen Bewältigungsmerkmalen bzw. Hindernissen und den örtlichen/regionalen Rahmenbedingungen ergibt.

Unsere These besagt nun, dass aufgrund historischer, regionaler, biografischer und auch sozialer Entwicklungen die Passfähigkeit zwischen individuellen Voraussetzungen und den äußeren Realisierungsbedingungen für Teile der (ländlichen) ostdeutschen Bevölkerung geringer ausfällt als das in Westdeutschland (oder auch in den städtischen Gebieten Ostdeutschlands) der Fall ist. Dies ist zum Teil durch die Selektionsprozesse der Abwanderung, durch die damit verbundene Ausdünnung der Infrastruktur und durch ein hohes Maß an Existenzsicherung im zweiten Integrationsmodus bedingt, alles Faktoren, die der Verfolgung individueller Wohlfahrt entgegenstehen und als Folge der „Auflösung ländlicher Gesellschaften in Ostdeutschland“ (R. Land) aufgefasst werden können.

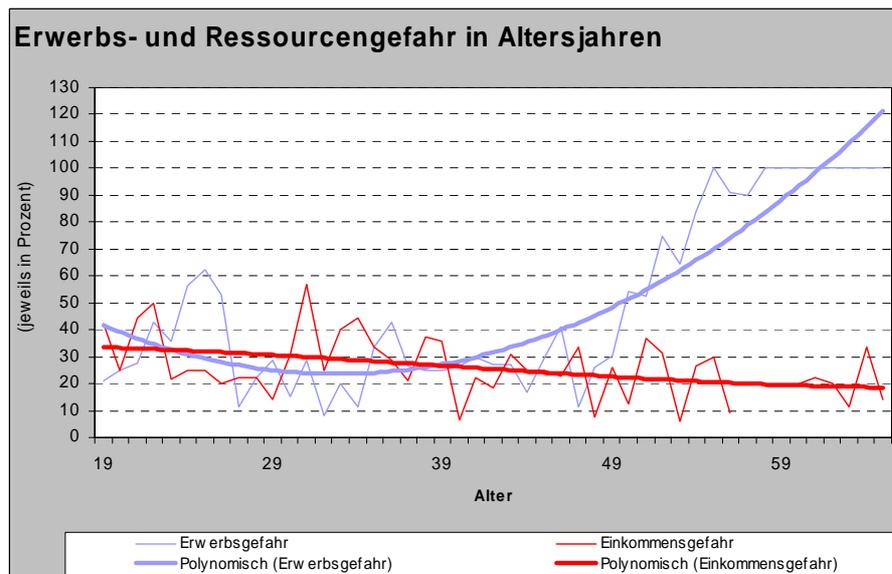
⁷ Siehe dazu auch K. Schulte: *Die zeitliche und soziale Struktur von Einkommensarmut*, ZeS-Arbeitspapier Nr. 5/99.



Einige Beispiele zur Verteilung von Gefährdungsbereichen und Risikolagen

An einigen Beispielen wollen wir im Folgenden zeigen, welche Aussagen über die Verteilung von Gefährdungsbereichen und Risikolagen getroffen werden können.

Abb. 6: Wichtigste Gefährdungsbereiche nach Alter



Es wird deutlich, dass die Erwerbsgefährdung mit zunehmendem Alter in einer U-Form steigt. Von den 55-Jährigen sind bereits 80 Prozent in einem Stadium der Erwerbsgefährdung (allerdings auch definitionsgemäß). Die Erwerbsgefährdung ist jedoch nicht mit dem sozialversicherungsrechtlichen Status „arbeitslos“ gleichzusetzen, denn ab etwa dem 55. Lebensjahr wird die Erwerbslosigkeit mit vielen anderen sozialrechtlichen „Integrationsmodi“ reguliert. „Arbeitslos“ sind 19 % der über 50-Jährigen, 23 % der 30 bis 50-Jährigen und 13 % der bis 30-Jährigen).

Von der Gefährdung durch das Fehlen materieller Ressourcen sind eher jüngere Menschen (bis etwa 40 Jahre) betroffen, die noch keine Gelegenheit hatten, sich materiell auf einem „zukunftsfesten“ Niveau abzusichern (s. unten). Den jetzt schon Älteren ist die Grundausstattung mit materiellen Ressourcen noch gelungen, bei ihnen nimmt die materielle Ressourcengefährdung allerdings auch deshalb ab, weil mit zunehmendem Alter die Versorgung von Kindern fortfällt. Vor allem in Ostdeutschland entstehen aber bereits gegenläufige Effekte durch den neuen Status des „Unterhaltsopas“. Weil die Rentenbezieher oftmals die einzigen Personen mit stabilem und erträglichem Einkommen in den Familien sind, unterstützen sie ihre Kinder



und Enkel, so gut es geht, was die eigenen Ressourcen jeweils reduziert.

Durch ähnliche Darstellungen lassen sich auch Aussagen zur Risikolage und ihrer wahrscheinlichen Entwicklung für bestimmte Kohortentreffen. Unter den hier Befragten sind die Alterskohorten der bis 30-Jährigen und der jetzt etwa 50-jährigen durch Erwerbs bzw. Einkommensrisiken besonders gefährdet:

- Erwerbsgefährdung ist vor allem für die jetzt unter 30-Jährigen zu erwarten, die zurzeit auf Suche nach Arbeit oder arbeitslos gemeldet sind (15,4 Prozent) und die nur einen kleinen Bewerbungsradius haben (25 Prozent) bzw. bei denen beide Risiken vorliegen (26,3 Prozent der Arbeitslosen bzw. Arbeitssuchenden haben einen Bewerbungsradius von unter 20 Kilometern). Von den Mitgliedern dieser Altersgruppe sind 45 Prozent in den letzten fünf Jahren arbeitslos gewesen, 5 Prozent von ihnen beziehen Sozialhilfe und immerhin fast 10 Prozent sind zum Zeitpunkt der Befragung langzeitarbeitslos gewesen. In Ostdeutschland ist der Anteil der instabilen bzw. unterbrochenen Beschäftigungen in der Kohorte der bis 30-Jährigen etwa doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Da selbst die Landesregierung von Mecklenburg Vorpommern nicht damit rechnet, dass in den nächsten Jahren nachhaltig positive Veränderungen auf den Arbeitsmärkten stattfinden werden, wird der Anteil der prekär, unter-, geringfügig oder gar nicht Beschäftigten in der Kohorte der jetzt bis 30-Jährigen eher steigen. Ob die erwartete demografische Lücke zwischen der Anzahl der Neuzugänge auf dem Arbeitsmarkt und dem Abgang der dann Berenteten zu einer Entspannung in den nächsten Jahren führen wird, wie es von Meier (2005)⁸ errechnet wurde, ist für die Gruppe der jetzt 30-Jährigen nicht relevant. Viele von ihnen werden keine Aussichten auf eine Anstellung erhalten, weil sie dann bereits zu lange aus dem Regime der Erwerbsarbeit ausgeschlossen waren.
- Bei der Kohorte der jetzt über 50-Jährigen lässt sich für einen beträchtlichen Teil ihrer Mitglieder die Gefahr von Altersarmut voraussagen. Dies ist vor allem dem großen Anteil instabiler oder unterbrochener Erwerbsverläufe dieser Gruppe geschuldet. In dieser Haushaltsbefragung geben fast 20 Prozent der über 50-Jährigen an, in den letzten fünf Jahren (durchschnittlich 2mal) ar-

⁸ Meier, Heike (2005): *Die Situation von Jugendlichen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt*. In: Wiekert, Ingo (Hg.) (2005): *Zehn aus Achtzig. Burkart Lutz zum 80*. Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, S. 177-190



beitslos gewesen zu sein, 4,3 Prozent bezogen Sozialhilfe, 6,9 Prozent waren teilzeitbeschäftigt, 20 Prozent dieser Altersgruppe waren zum Zeitpunkt der Befragung arbeitslos, von diesen wiederum fast jeder Dritte langzeitarbeitslos. Unstete Erwerbsbeteiligung, unzureichende Bezahlung und „Maßnahmekarrieren“ führen jedoch zu geringeren Einzahlungen in die Kassen der Altersversorgung, die durch private Zuzahlungen nicht aufgestockt werden können. Das Risiko der Altersarmut besteht für schätzungsweise 20 bis 25 Prozent der jetzt 50 jährigen.

Gefährdete Lebenslage und soziale Exklusion

Auch zu den sozialen Folgen von Risikolagen lassen sich an Hand der Ergebnisse der Haushaltsbefragung einige Aussagen treffen. Jedenfalls auf „dörflicher“ Ebene bestätigt sich nicht, dass Menschen in Risikolagen eher vom, sozialen Leben ausgeschlossen wäre, als andere. Der Begriff der sozialen Exklusion ist, jedenfalls im Kontext in dem er von den meisten Armutsforschern gebraucht wird, eher metaphorischer Natur. Es gibt kaum empirische Untersuchungen darüber, ob sich Menschen ausgegrenzt oder einbezogen fühlen. In unserer Untersuchung haben wir deshalb einige sehr konkrete und auf die dörfliche Situation bezogene Teilhabeindikatoren gebildet, die zunächst sehr kleinteilig erscheinen, aber gerade deshalb etwas über die Beteiligung am sozialen Leben aussagen können, weil sie unabhängig von institutionellen Ausgrenzungen und Zuweisungen zu Stande kommen und bis zu einem gewissen Grad dem Kalkül der Betroffenen selbst unterliegen. Dazu haben wir vier Gelegenheiten erfasst, die soziale Ausgrenzung oder auch Teilhabe zeigen könnten:

- Die Teilnahme an Dorffesten,
- die Vorbereitung von Dorffesten,
- gelegentliche Freundschaftsdienste, die die Befragten (teilweise bezahlt) durchgeführt haben und die
- Unterstützung beim Renovieren der Wohnung.

Diese Exklusions- oder Inklusionsgelegenheiten lassen sich typisieren in solche,

- bei denen lediglich eine konsumierende *Teilnahme* erwartet wird, es also möglich ist, mit dem Einsatz relativ geringer eigener Ressourcen „mitzumachen“. Dies messen wir an der Mitgliedschaft in einem Verein und an der Beteiligung an Dorffesten. Dabei finden wir folgende Zusammenhänge: Menschen in Risikolagen nehmen weniger häufig an Dorffesten teil. Auf die Mitgliedschaft in einem Verein (40 Prozent sind Mitglied) hat die Armutslage jedoch kaum



einen Einfluss. Eine aktive Ausgrenzung besteht auf keinen Fall. Ein einmal erworbener Teilnahmegrad bleibt wahrscheinlich stabil bestehen, so dass die Teilnahmemöglichkeit auch genutzt werden kann, eigene Ressourcen zu schonen bzw. zu erhöhen.

- Demgegenüber setzt die Teilnahme an der *Vorbereitung* zu einem Dorffest schon den Einsatz von eigenen Ressourcen voraus. Es muss gekocht, gebraten und gewerkelt werden. Mitgebrachtes Werkzeug verschleißt, Getränke runden an die Mit-VorbereiterInnen werden fällig, alles Dinge, bei denen ein gewisser Einsatz an Ressourcen erwartet wird, ohne dass im Gegenzug ein Anspruch auf die Ressourcen der anderen für die Lösung der eigenen Probleme bestehen würde. Die Vorbereitung eines Dorffestes fordert voraussetzungslosen Ressourceneinsatz, den sich aber ressourcenarme Bewohner dieser Gemeinden oft nicht leisten können. Entsprechend nehmen Menschen in Risikolagen weniger häufig und Menschen in Notlagen so gut wie gar nicht mehr an diesen Vorbereitungen teil. Die eifrigsten „Vorbereiter“ waren die Selbständigen, oft Kneipenwirte, die ihre Wurststände auspackten.
- Anders verhält es sich zum Beispiel beim Rückgriff auf Freunde, die beim Renovieren der Wohnung helfen. Auch hier müssen eigene Ressourcen zur Verfügung gestellt werden (Farbe, Werkzeug, Verpflegung), aber dieser Ressourceneinsatz kommt nicht der Allgemeinheit (und sei sie noch so überschaubare) zugute, sondern kann (im späteren Gegenzug) selbst konsumiert werden. Und wenn eine Gegenleistung verlangt wird, kostet diese oft nicht mehr als den Zeitaufwand, kaum aber den Einsatz von Ressourcen, die ja im Gegenleistungsfall nun die andere Seite trägt. Aber der Einsatz der Freunde beim Renovieren der Wohnung versiegt nicht, wenn eine Gefahren- oder sogar eine Notlage vorliegen.
- Ein weiteres Merkmal zeigt den Teilhabegrad an: Die Wahrnehmung von Gelegenheiten zur kurzfristigen Nebentätigkeit, wobei es sich in der Regel um bezahlte „freundschaftliche“ Dienste handelt. Wer erwerbslos ist, erhält fast dreimal so häufig ein Angebot auf bezahlte Nebentätigkeit wie Nichterwerbslose. Auch dies werten wir eher als ein Zeichen für funktionierende soziale Teilhabemöglichkeiten, keinesfalls jedoch für sozialen Ausschluss.

In Bezug auf den Arbeitsmarkt und die arbeitsintegrierenden Merkmale der fordistischen Arbeitsgesellschaft, wie sie im Diskussionspapier von R. Land genannt wurden, können die Gefährdeten (bei stabiler Risikolage, s. unten) zu *Überflüssigen* werden. In Bezug auf ihr unmittelbar soziales Umfeld jedoch sind sie es offensichtlich nicht.



Stabilität von Risikolagen

Geht man von einem wie auch immer definierten Armutsbegriff aus (oft wird Armut in den Untersuchungen ausschließlich mit dem Bezug von Sozialhilfe gleichgesetzt), lässt sich feststellen, dass von den in Not Geratenen (festgemacht an der Kategorie „Sozialhilfeempfänger“) etwa die Hälfte nach einem Zeitraum von 12 Monaten schafft, aus dem „arm“ definierten Zustand zu entfliehen (oft wissen wir aber nicht wohin). Bei personenbezogener Betrachtung können sich zum Beispiel mehrere Armutsperioden ergeben, bei anderen ist es plausibel, dass die Sozialhilfe⁹ nach einem festgelegten Zeitpunkt mit einem vorhersehbaren Ereignis beendet wird. Nicht selten bewirkten Gesetzesänderungen eine Änderung der Armutsdauer, wenn zum Beispiel eine Armutsphase durch eine Maßnahmen unterbrochen wird, die ein etwas höheres Einkommen beschert, die aber gleichzeitig auch eine Voraussetzung für den erneuten Bezug einer (dann geringeren) Sozialleistung bedeuten kann. Auch Katrin Schulte stellt fest, dass die zeitliche Heterogenität der Armut begrenzt ist. Sie identifiziert lediglich zwei Hauptformen von Armut: kontinuierliche Armut und stabile Überwindung von Armut.

Der Ansatz, den wir gewählt haben, lässt erkennen, dass Personen, auf die sich mehrere ungünstige Gefährdungsbereiche vereinen, kurzfristig (und sehr oft zufällig) in eine der anderen Kombination von Gefährdungsbereichen geraten können. Insgesamt sind jedoch mit der Zunahme der Anzahl der Gefährdungsbereiche die Bewältigungsmöglichkeiten nicht nur quantitativ eingeschränkt, sondern auch qualitativ angestrengt oder überstrapaziert, so dass kleinste (und oft zufällige und nicht vorhersehbare Ereignisse) das Bewältigungssystem zusammenbrechen lassen und die Risikolage sich zur Notlage entwickeln kann. Aber es lassen sich noch keine „Schwellen“ angeben, ab denen dies geschieht. Deshalb erscheinen die Ergebnisse solcher Veränderungen oft als emergent. Offensichtlich können aber von Außen einwirkende „Großereignisse“ wie zum Beispiel Abwanderung auf einen festen Arbeitsplatz oder die Ansiedlung von genügend Arbeitsplätzen in der Region solche „Schwellen“ darstellen und die Risikolage qualitativ ändern, weil sich dann das gesamte Set-up von Gefährdungsbereichen und Bewältigungsmöglichkeiten ändert. Die unmittelbare Notlage mag in dieser Dynamik keine besonders zeitstabile Situation sein, das Risiko jedoch in Not zu geraten ist für etwa 25–35 Prozent unserer Gemeindebewohner relativ zeitstabil.

⁹ Daten für die Zeit nach der Einführung von Harzt IV liegen noch nicht vor.



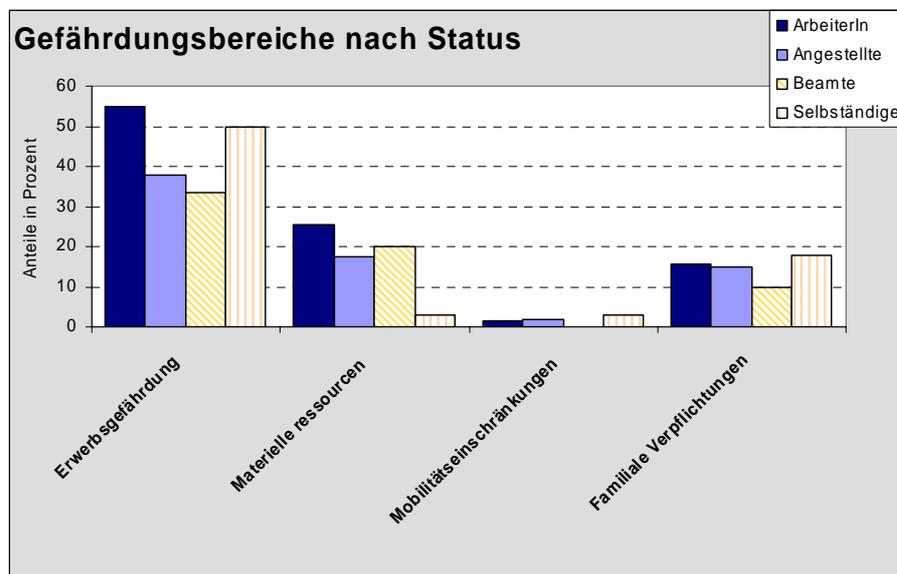
Die soziale Entgrenzung von Gefährdungen und Notlagen

Aus der Tatsache, dass Sozialhilfe zunehmend nicht nur von Randgruppen bezogen wurde, ist auf eine soziale Entgrenzung von Armut geschlossen worden. Tatsächlich hat sich entsprechend der Ausdifferenzierung der Gesellschaft über die traditionellen Klassengrenzen hinaus auch die Zusammensetzung der Armen heterogenisiert. In unserem Sample – und das bestätigen zum Beispiel auch Untersuchungen von Schulte und Samberg¹⁰ – tragen weniger gut ausgebildete Personen in Mehrpersonenhaushalten und Alleinerziehende bzw. Alleinlebende das höchste Gefährdungspotenzial, in Armut abzugleiten. Dabei sind jedoch zwei Faktoren wichtiger als der Haushaltstyp: die Teilnahme am Erwerbsleben und die Schulbildung. Beide sind aber nicht zwangsläufig miteinander verknüpft. In strukturschwachen Regionen, in denen wir untersucht haben, finden nämlich auch gut Ausgebildete keine Erwerbsmöglichkeiten. Allerdings sind sowohl die traditionellen Mehrfamilienhaushalte als auch die Lebensform der männlichen Alleinlebenden inzwischen in einer Mehrzahl der Fälle an ein niedriges Bildungsniveau geknüpft. In unserer Untersuchung stellen sich sogar noch die alten Stratifikationsmuster nach Arbeiter, Angestellte, Selbstständige und Beamte her: Je niedriger der Sozialstatus ist, desto mehr Gefährdungsbereiche vereinen sich auf die Person.

¹⁰ Samberg (2004); *Armut und Klassenstruktur*, in: *KZfS*, Jg. 56, H4 (653–682), Schulte, K. (1999): *Die zeitliche und soziale Struktur von Einkommensarmut*, ZeS-Arbeitspapier 5/99, Bremen.



Abb. 7: Soziale Schichtung und Gefährdungsbereiche



Zusammengefasst:

Ungefähr einem Drittel der ostdeutschen Erwerbsbevölkerung ist relativ dauerhaft von Erwerbsarbeit ausgeschlossen. Die Existenzsicherung dieses Drittels vollzieht sich durch die Zuweisung von „Maßnahmen“ bzw. durch die Gewährung von Kompensationsleistungen, die nicht mehr eine Brücke zwischen zwei Phasen von Erwerbsarbeit darstellen, sondern Brücken zwischen Maßnahmen bzw. neuerlichen Leistungsansprüchen bilden. Diese Regulation der Existenzsicherung nennen wir den sekundären Integrationsmodus. Wie die Auswertung der Beschäftigungsstatistik des IAB ausweist, ist der davon betroffenen Personenkreis relativ stabil, obwohl bezogen auf die einzelnen Personen ständig ein Formwechsel der „sozialen Beschreibung“ ihrer Lage stattfindet (arbeitslos, Teilnehmer an Maßnahmen oder am Bewerbungstraining, 1-Euro-Jobber, etc.).

Die Stabilität dieses Personenkreises in Maßnahmekarrieren führt zu regionalen und individuellen sozialen Konsequenzen, die sich teilweise gegenseitig verstärken.

- Regional werden (vor allem auf Grund der Abwanderung der „Leistungsfähigsten“ aber auch auf Grund öffentlicher Haushaltsarmut und gesetzlicher Anpassungen) Infrastruktureinrichtungen, die die Wiederaufnahme einer Erwerbsarbeit erleichtern könnten zurückgebaut. Gleichzeitig werden kaum neue Arbeitsplätze geschaffen, so dass jeder individuelle Erfolg auf dem Arbeitsmarkt tendenziell einen anderen individuellen Misserfolg nach sich ziehen muss.



- Auf individueller Ebene führt die Schrumpfung der Regionen (oder radikaler: die Auflösung ländlicher Gesellschaften) und der relativ zeitstabile Ausschluss von etwa einem Drittel der Erwerbsbevölkerung von der Erwerbsarbeit bei diesen zur Ausbildung eine Vielzahl von Gefährdungsbereichen und Kombinationen von Risikolagen, die sich gegenseitig bedingen, sich verstärken, teilweise aber auch aufheben können, ohne dass die Risikolage als Ganze fortfallen würde. Die Stabilität dieser von der Erwerbsarbeit ausgeschlossenen, die trotz oder gerade wegen der Dynamik ihrer einzelnen Gefährdungsbereiche besteht, scheint die Formel von „den Überflüssigen“ in einer sich auflösenden fordistischen Arbeitsgesellschaft zu bestätigen.

Die gebräuchliche Sozialberichterstattung ist jedenfalls solange sie sich ausschließlich auf Daten der amtlichen Statistik bezieht nicht in der Lage, die Gefährdungsbereiche von Personen zu erkennen und sie zu Risikolagen zu kombinieren. Dazu bedarf es personengebundene Daten, wie sie beispielsweise auch das SOEP bereithält, jedoch auf kleinräumiger Ebene. Diese können dann in Form einer „verstehenden Sozialberichterstattung“ den politisch-administrativen Akteuren vor Ort an die Hand gegeben werden um sie in die Lage zu versetzen unter einer Perspektive, die der Komplexität des Gegenstandes angemessen ist, individuell und sozial fördernde Faktoren zur Überwindung des sozialen und wirtschaftlichen Setups der Überflüssigen zu identifizieren und hindernde Faktoren zu umgehen.